

Wissenschaftliche Politikberatung am Beispiel der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

1. Aufgabe, Adressatenkreis und Erkenntnisinteresse

Gemäß ihrer Satzung ist Zweck der 1962 gegründeten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), „im Benehmen mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der internationalen Politik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Politikberatung auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung durchzuführen und in geeigneten Fällen zu veröffentlichen“. In Bezug auf das zu diesem Zweck unterhaltene „Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit“ der SWP heißt es weiter: „Das Institut arbeitet bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit deutschen und ausländischen Institutionen der Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen.“

Aus dem Stiftungszweck ergibt sich der primäre Adressaten- bzw. Kundenkreis der SWP, nämlich der Deutsche Bundestag, das Bundeskanzleramt und Bundesministerien (vor allem das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Die SWP nimmt auf dieser Grundlage für sich in Anspruch, unter den gegebenen personellen und finanziellen Möglichkeiten die für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik relevanten Felder abzudecken.

Die jährliche Zuwendung des Bundes (Einzelplan 04) beträgt im Jahr 2006 9.370 000 €. Hinzu kommen rund 10% Drittmittel von nationalen und internationalen Einrichtungen der Forschungsförderung. Der im Jahr 1998 von einer interministeriellen Arbeitsgruppe festgelegte Stellenplan von 146,5 Mitarbeitern konnte bislang nicht erfüllt werden, da die aus dem Umzug von Ebenhausen in Bayern nach Berlin 2001 resultierenden Umzugs- und Sozialplankosten bis 2006 noch einzusparen sind.

Trotz der Zuwendung aus dem Einzelplan des Bundeskanzleramtes handelt es sich bei der SWP nicht um eine Ressortforschungseinrichtung, denn sie ist keinem Ressort zugeordnet ist, sondern steht grundsätzlich allen Ministerien und – im Unterschied zu anderen Einrichtungen – insbesondere auch dem Deutschen Bundestag zur Verfügung. Darüber hinaus nimmt die SWP keine Weisungen entgegen und ist nicht mit der Umsetzung von Politiken oder mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben betraut. Dies widerspräche auch ihrem Satzungsauftrag. Die Angebotsorientierung der SWP entspricht vielmehr dem Gebot einer „Balance zwischen Vertrautheit und Distanz“ (Wolfgang Schäuble), die vertrauensvolle, zugleich aber unabhängige Politikberatung erst ermöglicht.

Aus dieser generellen Vorgabe folgt, dass eine Einrichtung wie die SWP nur in Kombination aus eigenständiger Forschung einerseits und wissenschaftlicher Dienstleistung – hier vor allem Politikberatung und Informationsbereitstellung – andererseits Sinn macht. Eine Beschränkung auf einen der beiden Bereiche wäre kontraproduktiv. Gerade deren Kombination macht die Stärke und den komparativen Vorteil der SWP aus – sowohl gegenüber universitären

Einrichtungen als auch gegenüber anderen Anbietern von Politikberatungsleistungen.

Grundlage für die Arbeit der SWP ist die wissenschaftliche Forschung, die Besonderheit und *raison d'être* des Instituts liegen aber in der spezifischen Art und Weise der Politikberatung. Die SWP soll und will keine „besser ausgestattete Universität“ sein, sondern eine Forschungseinrichtung, die ein öffentliches Gut – die Beratung von Bundestag und Bundesregierung in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik – bereitstellt. Diesem Auftrag wird die SWP nur gerecht, wenn sie eigene Forschung betreiben kann. Im Ergebnis muss die SWP sowohl dem Verdikt „wissenschaftlich“ genügen als auch ihren politikberatenden Auftrag erfüllen.

Das primäre Erkenntnisinteresse der Forschungs- und Dokumentationsarbeit richtet sich daher auf Fragen und Probleme, die die deutsche Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik mittelbar oder unmittelbar betreffen. Anspruch der SWP ist es hier, künftige Problemlagen der internationalen Politik im Rahmen einer mittelfristig angelegten Forschung zu erfassen. Diese Leitlinie übersetzt sich in zwei aufeinander bezogene Leitperspektiven, die die Grundlage für die meisten Arbeiten und Projekte der SWP sind:

Erstens: Welche Gefährdungen und Risiken ergeben sich aus internationalen und regionalen Entwicklungen für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands bzw. der EU? Wie kann oder sollte auf diese reagiert werden? Welche Anforderungen und Anreize für die Kooperation mit anderen Akteuren ergeben sich? Im Blickpunkt stehen hier sowohl traditionelle als auch neue Sicherheitsprobleme, Konfliktlagen in außereuropäischen Weltregionen, Fragen der Transformation und (De-)Stabilisierung politischer Systeme sowie regionale und globale wirtschaftliche Entwicklungen.

Zweitens: Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Gestaltung ergeben sich für die deutsche bzw. europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf globaler, regionaler oder bilateraler Ebene? Welche Auswirkungen haben internationale, europäische oder nationale Entscheidungen auf den deutschen Handlungsspielraum? Im Brennpunkt stehen hier Fragen der Konfliktbewältigung, der Krisenprävention und des Krisenmanagements, der regionalen und globalen Struktur- und Ordnungspolitik (z.B. Regime- und Institutionenbildung, Prozesse der Verrechtlichung), die Rolle internationaler und regionaler Institutionen (vor allem der EU) sowie bilaterale bzw. multilaterale Beziehungen, insbesondere zu den USA.

2. Forschungsbereich und Forschungsprogramm

Der Forschungsbereich der SWP teilt sich in acht Forschungsgruppen mit über 50 wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie Gastwissenschaftlern, Stipendiaten und Praktikanten; zudem ist es eine bewährte Praxis des Hauses, auch Diplomaten und Offiziere der Bundeswehr für längere Zeiträume in die Forschungsgruppen zu integrieren. Zwischen den Gruppen sind keine engen Grenzen gezogen, vielmehr setzt manches Projekt naturgemäß eine forschungsgruppenübergreifende Zusammenarbeit voraus. Zudem kann ein Vorhaben auch die Heranziehung von externer Expertise, die Mitwirkung von in- oder ausländischen Wissenschaftlern erfordern. Die folgenden, kurzen

Beschreibungen der SWP-Forschungsgruppen geben einen groben Eindruck ihrer Arbeitsweise, Themen und Produkte.

Die Forschungsgruppe **Europäische Integration** untersucht die außen- und europapolitischen Strategien, die Verhandlungen und die strukturbildenden Entscheidungsprozesse der Organe und Mitgliedsstaaten der EU. Sie orientiert sich dabei vor allem an den folgenden beiden Fragen: Wodurch kann das politische System der EU handlungsfähig gestaltet und demokratisch legitimiert werden? Und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für die deutsche Europapolitik? Im einzelnen untersucht die Forschungsgruppe die Entwicklung der primärrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundlagen der EU, die Entscheidungsprozesse, Verhandlungsergebnisse und Umsetzungsprobleme in zentralen Politikfeldern sowie die Handlungs- und Entscheidungspräferenzen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in den EU-Mitgliedstaaten. Die Forschungsgruppe leitet das von der Europäischen Kommission geförderte, international und interdisziplinär ausgerichtete Forschungs- und Seminarprojekt „CONVEU-30“-From the Convention to the IGC: Mapping Cross-National Views Towards an EU-30" zum Konvent über die Zukunft der EU und wirkt an mehreren Verbundprojekten des 6. Rahmenforschungsprogramms der EU mit.

Orientiert an den übergeordneten Leitbildern für EU-Außenbeziehungen „Gestaltung einer funktionsfähigen internationalen Ordnungs- und Sicherheitspolitik“ sowie „Stabilisierung des unmittelbaren Umfelds der EU“ konzentriert sich die Forschungsgruppe **EU-Außenbeziehungen** auf folgende drei Forschungsfelder: 1. Die Stellung und Entwicklung der EU im multilateralen Staatensystem – hier stehen zurzeit die Entwicklung der GASP/ESVP im Kontext der transatlantischen Beziehungen, insbesondere NATO, und die Rolle des internationalen Akteurs EU im UN-System im Vordergrund; 2. die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU – hier geht es gegenwärtig vor allem um die Beitrittsprozesse der Türkei, Zyperns und Rumäniens sowie um die Beziehungen der EU zu Moldova und 3. die EU-Stabilitäts- und Ordnungspolitik auf dem Balkan – hier konzentriert sich die Aufmerksamkeit derzeit auf die Analyse der sozioökonomischen und politischen Problemlagen der Staaten in der Region und die Entwicklung balkanpolitischer Handlungsoptionen für die deutsche und europäische Politik.

Die Forschungsgruppe **Sicherheitspolitik** bearbeitet ein breites Spektrum sicherheitspolitischer Themen von den europäischen und transatlantischen Sicherheitsbeziehungen über Fragen der Rüstungswirtschaft und der Entwicklung rüstungsrelevanter Technologien, der Rüstungskooperation und der Rüstungskontrolle bis hin zu dem globalen Problem der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsgruppe in diesem Zusammenhang ist die Analyse struktureller Entwicklungen im europäischen und atlantischen Bereich, die Identifizierung möglicher Konfliktpotentiale und die Bewertung der strategischen und operativen Folgen der Einführung neuer Technologien, der Optionen, die sie bieten, aber auch der Möglichkeiten ihrer Beschränkung durch Rüstungskontrolle.

Die Forschungsgruppe **Amerika** beschäftigt sich mit den politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen in den USA und in Lateinamerika sowie mit den Beziehungen zwischen Europa und den Staaten des

amerikanischen Kontinents. Ihre wichtigsten Arbeitsfelder sind: Außen- und Sicherheitspolitik der USA; Binnen- und Außenwirtschaftspolitik der USA; euro-atlantische und europäisch-lateinamerikanische Beziehungen; interamerikanische Beziehungen und regionale Integrationsprozesse, Außenwirtschaftspolitik und Demokratieentwicklung in Lateinamerika. Die Wissenschaftler der Forschungsgruppe kommen aus verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen: Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Regionalstudien Nordamerika und Lateinamerika, Politische Geographie. Die multidisziplinär angelegte Arbeit in der Forschungsgruppe ist primär politikorientiert; sie zielt auf die Handlungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen deutscher Außenpolitik.

Die Forschungsgruppe **Russland/GUS** erforscht die Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im postsowjetischen Raum im Hinblick auf ihre Bedeutung für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Im Vordergrund stehen Herrschaftsstrukturen, politische Parteien und Bewegungen, Elitenbildung, wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen sowie Regionalprobleme. Forschungsschwerpunkte sind Russland als globaler und regionaler Akteur, die „Neuen EU-Nachbarn“ Ukraine und Belarus mit ihren Chancen für europäische Integration sowie Kaukasien und Zentralasien mit ihren nichttraditionellen Sicherheitsrisiken und Regionalkonflikten. Mit Blick auf die Regionalschwerpunkte wird in den Analysen eine Typologie der Transformationen politischer Ordnungen angestrebt.

Das Forschungsinteresse der Gruppe **Naher/Mittlerer Osten und Afrika** richtet sich auf die Herausforderungen und Gestaltungschancen deutscher und europäischer Politik im Spannungsfeld von Transformation und Stabilisierung in der Region. Im Vordergrund der Forschungsgruppenarbeit stehen drei Untersuchungsgegenstände: 1. Krisen und Konflikte in der Region, 2. der politische und gesellschaftliche Wandel, 3. regionale Strukturbildung, vor allem im Hinblick auf die Sicherheitsarchitektur und politische Integration. Spezielle Aufmerksamkeit findet dabei der Einfluss externer Akteure, insbesondere der USA. Bei Krisen und Konflikten wird vornehmlich nach Regelungsoptionen, nach deutschen und europäischen Gestaltungsmöglichkeiten und nach Chancen einer diesbezüglichen transatlantischen Zusammenarbeit gefragt. Im Mittelpunkt der Analyse struktureller Entwicklungen und (sub-)regionaler Dynamiken stehen die Debatte um Reformen (Demokratisierung bzw. die Persistenz autoritärer Systeme) und westliche Reforminitiativen, der Wandel der Herrschaftseliten, das Spannungsverhältnis von Globalisierung und Islam sowie Themen wie fragile Staatlichkeit und der Umgang mit ressourcenreichen Staaten. Als Prozesse regionaler Strukturbildung werden vor allem die regionale Neuordnung nach dem Irakkrieg und die sich daraus ergebenden Herausforderungen untersucht, zudem die Euro-Mediterrane Partnerschaft und Europäische Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum sowie Ansätze einer neuen Sicherheitsarchitektur in Afrika und in der Golfregion.

Die Forschungsgruppe **Asien** ist mit den Wechselwirkungen zwischen den inneren Transformationsprozessen, den Außenwirtschaftsbeziehungen und der Außen- und Sicherheitspolitik in Südasien und im pazifischen Asien befasst sowie mit deren globalen Implikationen. Im Vordergrund stehen Analysen von Kooperation und Wettbewerb in den Sicherheitskomplexen

Südasiens, Südostasien und Nordostasien sowie Untersuchungen spezieller Krisenherde in Kaschmir, Afghanistan, Indonesien, der Straße von Taiwan und auf der koreanischen Halbinsel.

Wichtige Themenbereiche der Forschungsgruppe **Globale Fragen** sind die internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, die globale Wirtschafts- und Finanzordnung, die Interaktion von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, Staatszerfall und privatisierte Gewalt, die sich wandelnde Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sowie die Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Kontext. Dabei untersucht die Gruppe die Möglichkeiten und Formen internationalen Regierens und politischer Steuerung (Global Governance), die Funktion internationaler Institutionen und die künftige Rolle des Staates und entwickelt schließlich Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Die Arbeit der Forschungsgruppe ist über längerfristig angelegte Kooperationen mit der Scientific Community vernetzt (Teilnahme an einem DFG-geförderten Sonderforschungsbereich, an einem EU-geförderten Exzellenz-Cluster mit ca. dreißig europäischen Universitäten, einem transatlantischen Netzwerk zur Klimapolitik unter Beteiligung von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft sowie projektbezogene Kooperationen mit Berliner Universitäten und dem Max-Planck-Institut für Völkerrecht Heidelberg).

Das Forschungsprogramm der SWP wird turnusmäßig fortentwickelt. Dabei sollen drei Kriterien immer berücksichtigt werden: Das Programm muss (a) den mittelfristigen Gesamtrahmen für die Arbeit des Forschungsbereichs abstecken, (b) Schwerpunktsetzungen deutlich machen und (c) ausreichend Flexibilität für die Bearbeitung aktueller, sich kurzfristig ergebender Problemstellungen erlauben. Die Programmplanung besteht aus drei aufeinander bezogenen Elementen: dem zweijährigen Orientierungsrahmen, der Jahresplanung der Forschungsgruppen und der individuellen Arbeitsplanung.

Der „Orientierungsrahmen“ ist jener Teil des Forschungsprogramms der SWP, bei dem ihr satzungsgemäßer Auftrag, sich mit Bundestag und Bundesregierung bei der Ausgestaltung der Forschungsarbeit ins Benehmen zu setzen, am stärksten institutionalisiert und strukturiert ist. Denn die Ressorts und der Bundestag sind an der Erarbeitung des Orientierungsrahmens beteiligt und können hier ihre besonderen Interessen einbringen. Auf einer zweiten Stufe dient der jährliche „Forschungsplan“ der Forschungsgruppen dazu, innerhalb dieses Orientierungsrahmens Schwerpunkte zu setzen. Er hat auf diese Weise auch den Zweck, die Themenschöpfung der Forschungsgruppen transparent zu machen. Auf einer dritten Stufe führt jeder Wissenschaftler der SWP einen eigenen, elektronisch verwalteten Arbeitsplan. Die Wissenschaftler sind gehalten, ihren individuellen Arbeitsplan an den Inhalten des Orientierungsrahmens und den mit der Institutsleitung und der Forschungsgruppe vereinbarten Zielen des Forschungsprogramms auszurichten.

Eine wesentliche Rolle bei der Planung und Erstellung von SWP-Produkten spielt das Zusammenwirken von Forschungs- und Fachinformationsbereich (bestehend aus Fachreferenten, Fachdokumentaren und Bibliotheksmitarbeitern). An den SWP-Produkten ist der Fachinformationsbereich (FI)

insofern systematisch beteiligt, als jeder Forschungsgruppe einzelne FI-Kollegen fachlich zugeordnet sind. Auf diese Weise wird der wechselseitige Informationsfluss und damit eine forschungsnahe Dokumentation und Fachinformation gewährleistet. FI erbringt kontinuierlich eine eigenständige Recherche- und Dokumentationsleistung für ein breites Spektrum von Themenfeldern. Damit stellen die Fachinformationsreferate sicher, dass die Forschungsgruppen auch bei einer Veränderung der Forschungsschwerpunkte langfristig über einen strukturierten Zugang zu qualitativ hochwertiger fachlicher Information verfügen. Zu den Angeboten von FI zählen:

- ▶ Datenbank „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ (IBLK); gespeist aus der arbeitsteiligen Kooperation des Fachinformationsverbundes (FIV); über Neuaufnahmen in der Datenbank informiert der alle vierzehn Tage erscheinende „Literaturdienst Internationale Beziehungen und Länderkunde“,
- ▶ Bereitstellung des Zugangs zu anderen Datenbanken (z.B. Integrum),
- ▶ Zugang zu Pressearchiven, regelmäßige Pressespiegel,
- ▶ Elektronische Pressedokumentationen,
- ▶ Beschaffung von elektronischen Volltexten und Büchern (Fernleihe),
- ▶ bei Bedarf Zusammenstellung von wissenschaftlicher Fachliteratur sowie Literatur-, Faktenrecherchen und Materialsammlungen.

3. Das Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und angewandter, politiknaher Forschung

Die konkrete Umsetzung der Forschungsplanung erfolgt sowohl durch Beiträge zur Grundlagenforschung als auch durch angewandte, politiknahe Forschung, wobei der Schwerpunkt eindeutig im letztgenannten Bereich liegt.

Zur Grundlagenforschung zählen zum einen Projekte und Arbeiten, die theoretisch abgeleitete und konzeptionelle Fragen auf der Basis breiter empirischer, möglichst vergleichender Forschung untersuchen, zum anderen solche, die in der Verbindung von *polity*-, *politics*- und *policy*-orientierten Ansätzen neue Einsichten eröffnen. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Entwicklung und Präzisierung von Erklärungsansätzen, verallgemeinerbaren Theoremen und Konzepten, stellen aber in der Regel keine theoriebildende Forschung im engeren Sinne dar. Die Beiträge zur Grundlagenforschung eröffnen einerseits Möglichkeiten zur Vernetzung mit der universitären Forschung, andererseits bieten sie eine Basis für die politikberatende Funktion der SWP. Zum Bereich der Grundlagenforschung lassen sich folgende Projekte der letzten Jahre zählen:

- a. Drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte: „Elitenwandel in der Arabischen Welt“ (2000–03, Ford Foundation), „CONVEU-30“ (2002–04, EU-Kommission), „Das Spannungsverhältnis zwischen russlandzentrierter Reintegration und multipolarer Ordnung im GUS-Raum am Beispiel von GUUAM“ (2002–04, Volkswagen-Stiftung), „Demographische Entwicklungen in und um Europa“ (2001–04, Thyssen-Stiftung). Grundsätzlich steht die SWP jedoch der Einwerbung von Drittmitteln aufgrund von haushaltsrechtlichen Bestimmungen zurückhaltend gegenüber.
- b. Forschungsgruppenübergreifende Projekte: „Russland und der post-sowjetische Raum“ (2001–03), „States at Risk“ (seit 2003), „Ressour-

cenreiche Staaten“ (seit 2004).

- c. Konzeptionell angelegte SWP-Studien, bei denen es um die theoretische wie empirische Erschließung neuer Forschungsfelder und Problemlagen geht, wie etwa zur Globalisierung privater Gewaltakteure, zum transnationalen Terrorismus und seiner Bekämpfung, zum Einfluss religiöser Faktoren auf internationale Politik, zu dem Problem fragiler Staaten, zu Grundfragen globaler bzw. regionaler Finanz- und Handelsordnung, zur Rolle und zu den Instrumenten der EU bei der Konfliktbearbeitung, zu den Entwicklungen des europäischen Mehrebenensystems und zu den Methoden und Interaktionsstilen internationaler Verhandlungen.
- d. An der SWP entstandene bzw. in der SWP-Buchreihe im Nomos-Verlag publizierte Habilitationen und Dissertationen.
- e. Nationale und internationale Forschungsverbundprojekte, an denen die SWP mitgewirkt hat und die sich mit theoretischen und empirisch-analytischen Fragestellungen der internationalen Politik auseinandersetzen und explizit den Anspruch erheben, einen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten (z.B. Projekte im DFG-Schwerpunkt „Regieren in der Europäischen Union“, 1996–2004; Projekt „GOVECOR“ im Fünften Rahmenforschungsprogramm der EU, 2000–2004; Projekt „Fabric of EU Governance“ innerhalb des vom österreichischen Bildungs- und Forschungsministerium aufgelegten Programmschwerpunkts NODE, 2003–2005, DFG-SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen).

Den Schwerpunkt der SWP-Arbeiten bildet jedoch die angewandte, politiknahe Forschung, bei der in stärkerem Maße politische Handlungsempfehlungen bzw. -optionen im Vordergrund stehen. Bei dem Produkt „SWP-Studie“ handelt es sich in der Regel um die empirisch-analytische Aufarbeitung einer konkreten Problemstellung. Damit verbunden ist so gut wie immer die Darstellung des historischen Kontexts und die Erklärung der Handlungsgründe der entscheidenden Akteure – zum Beispiel bezogen auf Entwicklungen in bestimmten Regionen/Ländern, auf sicherheitspolitische Herausforderungen oder Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union. Diese Produkte orientieren sich an der Dringlichkeit politischer Themen und an dem Anspruch, frühzeitig auf Problemlagen und Entscheidungssituationen hinzuweisen und künftigen Beratungsbedarf zu identifizieren. Mit anderen Worten: Der Großteil der Arbeiten der SWP widmet sich Fragen, die die Entscheidungsträger deutscher Außen- und Sicherheitspolitik kurz- und mittelfristig interessieren werden oder aus Sicht der SWP interessieren sollten.

Je nach Thema und Fragestellung werden dabei unterschiedliche theoretische und methodische Zugänge (z.B. Experteninterviews, Sekundäranalysen, hermeneutische Methoden, quantitative und qualitative Verfahren der empirischen Sozialforschung) gewählt. Dabei spielen im Einzelfall nicht nur politikwissenschaftliche, sondern auch wirtschafts-, rechts- und regionalwissenschaftliche Untersuchungsansätze eine Rolle.

Die Forschungserträge in beiden Bereichen – dem Grundlagen- und dem politiknahen, angewandten Bereich – schlagen sich auch in Publikationen außerhalb der SWP nieder, in Monographien, Beiträgen zu Sammelbänden, Aufsätzen in referierten und nicht-referierten Fachzeitschriften, Aufsätzen in politiknahen Zeitschriften (z.B. *Internationale Politik*) sowie in publizistischen

Beiträgen in Tages- und Wochenzeitungen. Natürlich werden die Forschungsergebnisse der SWP auch in Vorträgen, Fachkonferenzen und „Call for Paper“-Konferenzen präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Darüber hinaus betreibt die SWP auch Forschung im Bereich der Informationswissenschaft. Das wichtigste, in diesem Zusammenhang zu nennende Projekt ist die Entwicklung eines multilingualen, kontrollierten Schlagwortvokabulars („Europäischer Thesaurus“), das künftig zehn Sprachen abdecken soll. Dieses Instrument ist von zentraler Bedeutung für den FIV-Datenbankbetrieb und den strukturierten Zugang zu Fachinformationen auf dem Arbeitsgebiet der SWP. Die Kooperation mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften auf diesem Feld soll in Zukunft noch ausgebaut werden. Diese Zusammenarbeit wird zu einer erhöhten Erschließung von qualitativ hochwertigen Fachinformationen und zu einer Modernisierung der Benutzeroberfläche (im Rahmen der Integration in das nationale Wissenschaftsportal VASCODA) führen.

4. Wissenschaftlich fundierte Politikberatung

Auf der Basis von Grundlagen- und angewandter Forschung leistet die SWP wissenschaftlich fundierte Politikberatung primär für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, die sich von nicht-wissenschaftlichen Formen der Politikberatung, wie sie von politischen Stiftungen, kommerziellen Consultancies, Lobbygruppen, Nichtregierungsorganisationen und so weiter betrieben wird, unterscheidet. Die Beratung ist ein Kommunikationsprozess, sie setzt auf den Dialog mit dem Kunden und verlangt den SWP-Mitarbeitern eine besondere Form der Verfügbarkeit ab, nicht zuletzt für Abgeordnete und Mitarbeiter des Bundestags.

Dank ihrer Ausstattung und Einbettung in außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge ist die SWP in der Lage

- a. außen- und sicherheitspolitisches Wissen über längere Zeiträume hinweg zu generieren, zu überprüfen und einem ständigen Aktualisierungsprozess im Vorfeld aktueller politischer Konjunkturen und Zyklen zu unterziehen,
- b. interdisziplinäre Zugänge zu komplexen Fragestellungen der Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb des Hauses zu entwickeln und zeitnah in anwendungsbezogene, ressortübergreifende Handlungskonzepte zu übersetzen,
- c. außen- und sicherheitspolitische Expertise unmittelbar und zeitnah, mitunter im Vorfeld einer krisenhaften Zuspitzung zur Verfügung zu stellen,
- d. Fragen und forschungsstrategische Hypothesen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im direkten Gespräch mit Vertretern des Bundestags und der Bundesregierung zu entwickeln und im Hinblick auf die politische Nutzbarmachung außen- und sicherheitspolitischer Grundlagenforschung in empirisch gestützte Handlungsempfehlungen umzusetzen.

Diese Beratungstätigkeit erfolgt in unterschiedlichen Formaten, sowohl in schriftlicher als auch mündlicher Form. Dabei gilt es auch kurzfristig verfügbares Hintergrund- und Sachwissen zu aktuellen Fragen vorrätig zu halten.

Dazu dienen nicht zuletzt die Instrumente der Fachinformation wie Datenbank und Pressearchiv. FI erbringt aber auch eigenständige, externe Dienstleistungen für den Bundestag und die Ministerien (z.B. aufbereitete Dokumentationen, Materialsammlungen, Literaturlisten). Diese wissenschaftlichen

Dienstleistungen ergänzen substantiell das Leistungsspektrum der SWP gegenüber Bundestag und Ministerien.

Die schriftlichen Formate sind zu unterteilen in die öffentlich zugänglichen, im Volltext auf der SWP-Website verfügbaren Schriftprodukte (wie SWP-Aktuell, SWP-Zeitschriftenschau, Diskussionspapiere und SWP-Studien) und die nicht-öffentlichen Beratungspapiere, Briefings sowie Literatur- und Volltextdossiers. Letztere werden direkt für einen konkreten Zweck und Abnehmer (z.B. Abgeordnetenbüro, Referat im Ministerium, Vorbereitung von Diplomaten auf Auslandsposten, Unterstützung bei Konferenzen etc.) verfasst und unterliegen naturgemäß einer gewissen Vertraulichkeit.

Die mündlichen Formate sind von erheblicher Bedeutung. Zu den typischen Formen gehören:

- a. Thematische Konferenzen und Workshops mit Vertretern des Bundestags und der Ministerien (gegebenenfalls auch mit Vertretern politischer Vorfeldorganisationen, von Nichtregierungsorganisationen und der Medien).
- b. Der monatliche Jour fixe, zu dem ein relativ fester Kreis von Teilnehmern der außen- und sicherheitspolitischen *Community* (Bundestag, Medien, Ministerien, Wissenschaft) eingeladen wird.
- c. Kolloquien, zu denen teilweise externe Experten hinzugezogen werden. Diese Gesprächsgruppen können auch mehrfach und regelmäßig tagen.
- d. Bilaterale Gespräche mit Abgeordneten und ihren Mitarbeitern sowie Beamten, Offizieren und Diplomaten.
- e. Parlamentarische Anhörungen, zu denen wissenschaftliche Mitarbeiter der SWP als Sachverständige und Gutachter eingeladen sind und die zumeist von Fachausschüssen oder Enquetekommissionen des Bundestages sowie anderer Parlamente der Europäischen Union anberaumt wurden.
- f. Mitarbeit in Gremien, die die Aufgabe haben, bestimmte Ressorts oder auch politische Stiftungen zu beraten.

Die erforderlichen Kompetenzen und Möglichkeiten der Beratung und des Wissenstransfers unterscheiden sich je nach Format. Ungeachtet dessen müssen SWP-Mitarbeiter in der Lage sein, komplexe Sachverhalte in kurzer Zeit in allgemeinverständlicher Form darzustellen. Gefragt ist dabei nicht nur Hintergrund- und Faktenwissen, sondern auch die Darstellung von systematischen Zusammenhängen, von unterschiedlichen Argumentationslinien (pro und contra), von Szenarien und Handlungsoptionen sowie die Fähigkeit zu innovativen Vorschlägen. Insofern ist auch die Politikberatung von Theorien und Annahmen geleitet, ohne jedoch dass diese immer in jedem Format explizit gemacht würden oder gemacht werden könnten.

Eine besondere, vertiefte Form der Zusammenarbeit ist der personelle Austausch: In die SWP-Arbeit sind systematisch Vertreter von Ministerien eingebunden, die am Institut mehrmonatige oder mehrjährige Forschungsaufenthalte absolvieren (z.B. Diplomaten des AA oder Stabsoffiziere der Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe). Sie dienen mit ihren Kenntnissen und Kontakten, insbesondere ihrem ressortbezogenen Fachwissen, einerseits als Quelle, andererseits regen sie Themen an und vermitteln auf diese Weise den Forschungs- und Beratungsbedarf.

Erfolgreiche Politikberatung beruht auf einer Reihe von Voraussetzungen. Grundlegend ist dabei, dass sich der Wissenschaftler in die Lage des Gegenübers (Empathie) versetzen kann, um die Möglichkeiten des Handelns realistisch einzuschätzen. Er muss den Bedarf auf der Kundenseite kennen, mögliche Beratungsresistenzen antizipieren und mit diplomatischem Geschick agieren. Häufig dient der Wissenschaftler dabei als „Sparringspartner“, mit dem Argumente und Einschätzungen ausgetauscht werden. Dafür bedarf es der Diskretion und eines gewissen Vertrauensverhältnisses. Darüber hinaus gilt es, die eigenen Quellen und den Gang der Argumentation möglichst transparent zu machen.

Die SWP-Mitarbeiter sind in diesen Gesprächen dazu angehalten, deutlich zu machen, dass es nicht *die* SWP-Position gibt, sondern sie jeweils ihren eigenen Standpunkt darlegen, und dass gegebenenfalls in der SWP auch andere Meinungen zum gleichen Thema vertreten werden.

Indikatoren für den „Erfolg“ der Politikberatung sind die quantifizierbaren Nachfragen aus Bundestag und Ministerien, die Zahl der verfassten internen Stellungnahmen, die Beteiligung von SWP-Mitarbeitern an Anhörungen und Gesetzgebungsverfahren sowie die Entsendung von Mitarbeitern in Ministerien. Der „Erfolg“ ist also eher indirekt messbar, denn es ist Teil des Geschäfts, als „Berater“ oder Sachverständiger nicht allzu sehr in Erscheinung zu treten bzw. nicht als Quelle genannt zu werden.

5. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Die SWP-Mitarbeiter stehen auch den Medien und der Öffentlichkeit als Gesprächspartner zur Verfügung. Das Bedienen von Medienanfragen, insbesondere bei tagesaktuellen Formaten, gehört nicht zu den Kernaufgaben der SWP-Arbeit und wird daher mit einer gewissen Zurückhaltung betrieben. Einerseits fördert die Medienpräsenz die Aufmerksamkeit für die SWP insgesamt, andererseits darf dies nicht dazu führen, dass die SWP ihren Status als bevorzugter und vertrauenswürdiger Gesprächspartner für die Hauptadressaten in den Ministerien und im Parlament verliert. Insbesondere müssen sich SWP-Mitarbeiter zweierlei Gefahren bewusst sein: zum einen, von den Medien als Vertreter eines „regierungsnahen“ Think Tanks instrumentalisiert zu werden, weil offizielle Gesprächspartner fehlen, zum anderen, in Verdacht zu geraten, über Medienauftritte ein gezieltes politisches „Agenda Setting“ zu betreiben, das Entscheidungsträger unter Handlungsdruck setzt. Hier müssen Nutzen und Kosten sorgsam gegeneinander abgewogen werden.

Grundsätzlich sind über die Website der SWP die meisten Publikationen des Forschungsbereichs als Volltext sowie die Produkte und Dienstleistungen von FI (Datenbasis IBLK, „Aktuelle Dokumente“) allgemein zugänglich; SWP-Studien werden allerdings in der Regel erst nach drei Monaten im Volltext eingestellt, um den vorrangigen Zugriff durch Bundestag und Bundesregierung sicherzustellen.

6. Inter- und Multidisziplinarität

Bei der Forschung, bei der Politikberatung und den Dienstleistungen der Fachinformation zeichnet sich die SWP durch eine multi- bzw. interdisziplinäre Ausrichtung aus.

1. Im Forschungs- und im Fachinformationsbereich sind unterschiedliche Fachdisziplinen und Unterdisziplinen vertreten: Internationale Beziehungen, Vergleichende Regierungslehre, Friedens- und Konfliktforschung, Internationales und europäisches Recht, Volkswirtschaft und Politische Ökonomie, Regional- und Kulturwissenschaften (z.B. Islamwissenschaft, Afrikanistik, Slawistik), Naturwissenschaften. Dies führt zu unterschiedlichen Ansätzen und Perspektiven bei der Analyse von Problemlagen, die durch den Diskussionsprozess im Hause in die Produktion der Studien einfließen.
2. Die Forschungsgruppen sind bewusst multidisziplinär zusammengesetzt. Dies gilt insbesondere für die Ökonomen im Hause, die in fast allen Forschungsgruppen vertreten sind. Die Inter- und Multidisziplinarität der Forschungsgruppen wirkt sich sowohl auf deren Agenda als auch auf die konkreten Arbeiten der einzelnen Gruppenmitglieder aus.
3. Der interdisziplinäre Ansatz wird in einer Reihe von Gemeinschaftsprodukten sichtbar. Er drückt sich in der Ko-Autorenschaft bei Studien und sonstigen SWP-Papieren, in SWP-Sammelbänden und in forschungsgruppenübergreifenden Projekten aus.

Ihre Multidisziplinarität versetzt die SWP unter anderem in die Lage, in der mündlichen Politikberatung (z.B. bei Round-Table-Gesprächen) mehrere Dimensionen eines Themas zu beleuchten, zum Beispiel die sicherheitspolitischen, rechtlichen, ökonomischen oder regionalen Konsequenzen einer Entscheidung. Dasselbe Prinzip wird auch bei der Auswahl der aufzunehmenden Literaturnachweise für die Fachdatenbank Internationale Beziehungen und Länderkunde verfolgt.

7. Themenschöpfung und Qualitätssicherung

Die SWP betreibt keine Auftragsforschung. Umso wichtiger ist ein intersubjektiv nachvollziehbarer Prozess der Themenschöpfung. Basis dieses Prozesses ist der Orientierungsrahmen. Die Themen für die Forschungsarbeit ergeben sich zum Teil aus der direkten Interaktion mit dem Bundestag und der Bundesregierung, zum weitaus größeren Teil jedoch aus der Ermittlung aktuellen Forschungsbedarfs und der Antizipation des künftigen Beratungsbedarfs durch die SWP.

Die Ermittlung des Forschungs- und Beratungsbedarfs speist sich vor allem aus vier Quellen:

1. Kontinuierliche Auswertung der für das jeweilige Politikfeld relevanten Fachliteratur, der Presseberichterstattung und von Internetquellen. Diese Form der Themenschöpfung wird nicht zuletzt durch das Zusammenwirken von Forschungsbereich und Fachinformation sichergestellt.
2. Teilnahme an Fachkonferenzen und Austausch mit Kollegen aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
3. Langfristig angelegte Beobachtung der Entwicklungen im jeweiligen Politikfeld, gestützt auch auf regelmäßige Gespräche mit Vertretern aus

Bundestag und Bundesregierung sowie auf individuelle Arbeitskontakte.

4. Mehrwöchige Feldaufenthalte in den Regionen des jeweiligen Fachgebiets und mehrmonatige Sabbaticals an Forschungsinstituten im Ausland.
5. Filterung der auf der Basis dieser Quellen identifizierten Themen in einem mehrstufigen Prozess (siehe oben: Forschungsprogramm).

In den meisten Fällen werden Themen im Frühstadium ihrer Bearbeitung im hausinternen Forscherforum, innerhalb der Forschungsgruppen oder aber in kleineren Kolloquien vorgestellt und diskutiert. Kriterien für die Prüfung der Themenvorschläge sind in all diesen Fällen:

- a. Relevanz des Themas im Sinne der eingangs genannten erkenntnisleitenden Fragestellungen der SWP,
- b. Schlüssigkeit der Fragestellung und der Prämissen,
- c. zu erwartender Mehrwert für die Forschung und die politische Praxis,
- d. Kompatibilität mit dem Orientierungsrahmen und dem Forschungsplan der Forschungsgruppe,
- e. Fachkompetenz des Wissenschaftlers für die Bearbeitung des Themas.

Die Bemühungen um Qualitätssicherung gehen in zwei Richtungen: zum einen in Richtung einer Verankerung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in ihrer jeweiligen Fachdisziplin und ihren organisatorischen Netzwerken, zum anderen in Richtung einer steten Kontrolle der Schriftprodukte und Beratungsmaßnahmen der SWP.

Die Mitarbeiter im Forschungsbereich sind angehalten, ihre wissenschaftlichen Methoden und Ansätze der fachwissenschaftlichen Diskussion auszusetzen. Dies geschieht beispielsweise über die Mitwirkung an nationalen und internationalen Forschungsverbundprojekten, Lehraufträge an Universitäten, durch die Übernahme von Vertretungsprofessuren und die Tätigkeit als Honorarprofessor. Zudem sollen die Mitarbeiter ihre Forschungsergebnisse auf nationalen und internationalen Kongressen der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit zur Diskussion stellen. Das hausinterne Forscherforum ist ebenso wie die Präsenz von Gastwissenschaftlern und Forschungsprofessoren am Institut ein entscheidender Prüfstein der fachwissenschaftlichen Qualitätssicherung für die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die darüber hinaus gehalten sind, die 2003 beschlossenen Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis einzuhalten.

Die Mitwirkung der SWP-Mitarbeiter in Forschungsverbünden (etwa im Forschungsverbund Lateinamerika Berlin-Brandenburg oder im Arbeitskreis Europäische Integration), an Sommeruniversitäten und bei Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsveranstaltungen runden das Instrumentarium der Qualitätssicherung ab. Im Zuge der Einwerbung von Drittmittelprojekten stellen sich die Mitarbeiter den fachwissenschaftlichen Gutachterverfahren der DFG, der EU-Kommission und sonstiger Stiftungen und Wissenschaftsförderungseinrichtungen. Als Mitglieder von Fach- und Berufsverbänden, zum Beispiel der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, sind die Forscher in die Ausrichtung von sowie Teilnahme an „Call for Paper“-Konferenzen einbezogen, die in besonderem Maße geeignet sind, eine externe Überprüfung von Forschungsergebnissen und -ansätzen zu gewährleisten. Darüber hinaus werden in der SWP pro Jahr etwa sechs bis acht Qualifizierungsarbeiten (Promotionen, Habilitationen) abgeschlossen.

Bei den Schriftprodukten der SWP gibt es unterschiedliche Abstufungen der Qualitätskontrolle. Diese zielt sowohl auf die Relevanz der Fragestellung als auch den methodischen Ansatz und die Stringenz der Argumentation.

SWP-Studien durchlaufen einen aufwändigen Prozess der Begutachtung, einen doppelstufigen *Peer Review*. Der Wissenschaftler übergibt den Entwurf seiner Studie einem in Abstimmung mit dem Forschungsgruppenleiter ausgewählten Gutachter aus dem Forschungsbereich. Entwurf plus Gutachten werden über den Forschungsgruppenleiter dem Direktor zugeleitet. Dieser entscheidet über die Druckfreigabe des Manuskripts.

Die Qualitätssicherung der Beratungstätigkeit muss sich zum einen auf die wissenschaftliche Absicherung der Forschungsergebnisse wie auch auf die Methoden der Politikberatung beziehen. Dies erfordert vor allem die kritische Selbstbeobachtung des Beraters bzw. der Beratungseinrichtung und das stete Hinterfragen des eigenen Rollenverständnisses. Durch die Rechtsform der SWP ist die Unabhängigkeit ihrer Beratungstätigkeit sichergestellt. Die kontinuierliche Sicherung und Optimierung der Beratungsqualität wird durch die Rückbindung des Wissenschaftlers an seine Forschungsgruppe und die Überprüfung der inhaltlichen Schwerpunkte durch die Institutsleitung gewährleistet.

8. Nationale und internationale Kooperationen

Die SWP unterhält eine Fülle von internationalen und nationalen Kooperationsbeziehungen zu universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, politikberatenden Institutionen, Stiftungen und Verbänden. Dabei handelt es sich in der Regel nicht um formalisierte Kooperationen. Politik des Hauses ist es vielmehr, die Zusammenarbeit themenspezifisch zu betreiben.

Allerdings hat sich mit einer Reihe von internationalen Einrichtungen eine regelmäßige Form der Kooperation entwickelt. Hervorzuheben sind die jährlich stattfindenden Treffen mit führenden politikberatenden Forschungsinstituten der USA, Frankreichs und Großbritanniens sowie die Serien von Dialogveranstaltungen mit ähnlichen Einrichtungen in Israel, Iran, Indien, Pakistan und Japan.

Die Formen der Kooperation reichen von der Teilnahme an Forschungsnetzwerken über die Koordinierung von und Beteiligung an gemeinsamen Forschungsprojekten sowie die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen bis hin zum informellen fachbezogenen Austausch über Themen von gemeinsamen Interesse.

Ein besonders anschauliches Beispiel für ein breit angelegtes Kooperationsnetzwerk ist das INTACT-Projekt, das seit 2001 vom German Marshall Fund und der Bosch-Stiftung finanziert wird. INTACT will den transatlantischen Dialog zu Fragen der internationalen Klimapolitik voranbringen und hat zu diesem Zweck ein europäisch-amerikanisches Netzwerk von Forschungseinrichtungen, Think Tanks, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Regierungsvertretern etabliert; engster Kooperationspartner ist die Brookings Institution in Washington. Die Beteiligten treffen sich regelmäßig zu Konferenzen und Workshops, bei denen ein fester Teilnehmerkreis – je nach Thema – um neue Teilnehmer ergänzt wird.

Einen ähnlichen Zuschnitt haben die seit 2002 durchgeführten Dialogprojekte im Rahmen des vom German Marshall Fund finanzierten Transatlantic Foreign Policy Discourse (TFPD). Das Projekt stützt sich auf wechselnde thematische Arbeitsgruppen und verschiedene Workshops, die von der SWP (in der Regel mit einer Partnerinstitution in den USA) organisiert werden.

Ein weiteres Beispiel sind die in Zusammenarbeit mit dem BMVg seit 1993 durchgeführten jährlichen Seminare „Streitkräfte in der Demokratie“, zu der jeweils der Generalinspekteur der Bundeswehr 10-12 Offiziere der Russischen Föderation sowie der Ukraine einlädt. Sie dienen dem kritischen Dialog über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen und bieten deutschen Offizieren und SWP-Mitarbeitern einen einzigartigen Zugang zu Entscheidungsträgern in den Streitkräften des postsowjetischen Raums sowie die Gelegenheit zu praxisrelevantem Gedankenaustausch.

Im Falle der universitären oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen spielen Lehrtätigkeiten von SWP-Wissenschaftlern sowie die Beteiligung an Forschungsprojekten, Buchprojekten, Konferenzen und Workshops eine zentrale Rolle. Darüber hinaus wirken SWP-Mitarbeiter bei *Peer Review*-Verfahren als Gutachter mit (z.B. für referierte Fachzeitschriften, bei Projekt-evaluierungen und im Rahmen der Begutachtung beantragter Projekte bei Stiftungen).

Der Bereich Fachinformation unterhält ebenfalls wichtige nationale und internationale Kooperationen: Er ist federführend am Aufbau und Betrieb eines nationalen Netzwerks von derzeit elf Dokumentationseinrichtungen auf dem Fachgebiet Internationale Beziehungen und Länderkunde engagiert. International ist FI initiativ an dem Projekt „European Information Network on International Relations and Area Studies“ (EINIRAS) beteiligt, an dem rund 30 europäische Dokumentationseinrichtungen von Forschungsinstituten und internationalen Organisationen mitwirken.

Erträge dieser Kooperationen sind die Datenbasis „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ (IBLK) des Fachinformationsverbundes, die auf ihrem Gebiet die größte Datenbasis in Europa (Alleinstellungsmerkmal) ist, und der „Europäische Thesaurus“ (ebenfalls Alleinstellungsmerkmal). Die Datenbasis wird öffentlich und kommerziell angeboten:

- ▶ Öffentlich im deutschen Bibliothekswesen über ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt im Rahmen des „Karlsruher Virtuellen Katalogs“;
- ▶ beim Europarat über das „EINIRAS Database Network“ unter dem Namen „World Affairs Online“;
- ▶ kommerziell bei GBI in München und DATASTAR in Bern.

Zukünftig wird der Fachinformationsverbund in einem von der DFG und dem BMBF initiierten und geförderten nationalen Wissenschaftsportal VASCODA als eigenständiges Fachportal IBLK vertreten sein.

9. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Nachwuchsförderung der SWP besteht aus drei Elementen:

- ▶ der Qualifizierung der jüngeren Wissenschaftler des Hauses durch Dissertationen, Habilitationen und die Entsendung an *Summer Schools* und

Seminarveranstaltungen;

- ▶ der Vergabe bzw. Vermittlung von Stipendien;
- ▶ der Beschäftigung von Praktikanten und Junior Fellows.

Die unmittelbare fachliche Einbindung der jüngeren Wissenschaftler in ihre Forschungsgruppen gewährleistet in der Regel eine intensive Betreuung beim Durchlaufen der Qualifikationsschritte. Darüber hinaus treffen sich sowohl Stipendiaten als auch Praktikanten in regelmäßig tagenden Dialoggruppen.

Große Anstrengungen hat die SWP beim Ausbau und der Qualitätssicherung des Praktikantenprogramms unternommen. Von den Praktikanten wird eine Mindestverweildauer von drei Monaten erwartet, von ihren Betreuern eine klare Definition des Praktikumsziels und eine intensive inhaltliche Betreuung der Praktikanten. Die SWP hat einen Praktikantenbetreuer eingesetzt, der über die Forschungsgruppen hinweg diese gemeinsamen Standards überwachen und ein Rahmenprogramm für die Praktikanten organisieren soll. Gegenwärtig durchlaufen pro Jahr circa 80 Praktikanten die SWP.

Bei der Auswahl der Stipendiaten dominieren zwei Gesichtspunkte: Zum einen ist zu berücksichtigen, dass sich jene, die sich um Stipendien bemühen, an den jeweiligen inhaltliche Schwerpunkten der Zuwendungsgeber orientieren müssen. Zum anderen bemüht sich die SWP gegenwärtig um eine strategische Neuausrichtung ihres Stipendiatenprogramms, das sich am langfristigen Bedarf für wissenschaftliche Politikberatung im Rahmen der Nachwuchsförderung orientiert und gegebenenfalls in ein gemeinsames Programm mit anderen internationalen Think Tanks münden soll.

Neben dem wissenschaftlichen Nachwuchs hat die SWP in der Vergangenheit auch Stipendien an Personen aus dem Mid-Career-Bereich vergeben, die ihre Berufstätigkeit zeitweise unterbrechen oder sich auf neue Berufsfelder orientieren, die nicht zwangsläufig im wissenschaftlichen Bereich liegen.

Der Fachinformationsbereich bildet seit Jahren im zweijährigen Turnus jeweils mindestens einen Sozialwissenschaftler zum wissenschaftlichen Dokumentar im Verein mit dem entsprechenden Studiengang an der FH Potsdam aus. In ihren Abschlussarbeiten setzen sich die künftigen Dokumentare informationswissenschaftlich mit größeren Projekten und dokumentationsmethodischen Vorgehensweisen des Fachinformationsbereichs der SWP, des deutschen Fachinformationsverbunds und internationaler FI-Kooperationen kritisch auseinander. Ein Teil des Fachpersonals von FI rekrutiert sich aus Bewerbern, die diesen Ausbildungsgang absolviert haben.

Darüber hinaus wurde 2005 ein Alumni-Club gegründet, um den Kontakt zu ehemaligen Mitarbeitern der SWP zu pflegen und den Austausch mit Doktoranden und Praktikanten zu vertiefen.

10. Herausforderungen und Perspektiven

In den vergangenen Jahren hat sich die SWP nicht zuletzt unter dem Druck der im Folgenden genannten Ereignisse und Entwicklungen erheblich verändert: der Zusammenschluss mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) und Teilen des Südost-Instituts, der Umzug nach Berlin, die Etablierung der SWP in Berlin sowie die Integration neuer Mitarbeiter. Diese Faktoren und Entwicklungen boten Anlass, externe Überprüfun-

gen zu initiieren. Im Jahr 2003 ist daher der Forschungsbereich und im Jahr 2004 der Fachinformationsbereich jeweils im Auftrag des Stiftungsrats eingehend evaluiert worden. Im Ergebnis wurde den Bereichen bestätigt, dass der von ihnen eingeschlagene Weg prinzipiell richtig ist. Im Juni 2005 folgte eine durch den Bundestag beauftragte Begutachtung der SWP durch den Wissenschaftsrat, der in seiner Stellungnahme vom Mai 2006 feststellt: „Die SWP hat sich aufgrund ihrer umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Kompetenz zur zentralen Beratungseinrichtung für Bundestag und Bundesregierung in internationalen Fragen entwickelt. Das Institut verbindet überzeugend unabhängige Eigenforschung mit wissenschaftsbasierten Dienstleistungen für Politik und teilweise auch für Dritte. Die SWP-Produkte werden von Parlament und Exekutive intensiv nachgefragt. Durch sein umfangreiches Beratungs- und Veranstaltungsangebot fungiert das Institut als wichtiges Verbindungsglied zwischen Theorie und Praxis von Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist maßgeblich an der Vernetzung von Experten aus internationaler Politik und Sicherheit in Deutschland beteiligt.“

Die SWP bemüht sich um einen verstärkten personellen Austausch mit den Ministerien. Dieser soll einerseits in Form von Forschungsaufenthalten zum Beispiel von Diplomaten erfolgen, die ihre Arbeitserfahrungen in internationalen Stäben aufarbeiten möchten, und andererseits dadurch, dass SWP-Wissenschaftler Gelegenheit erhalten, die Arbeitspraxis in den Ministerien kennen zu lernen. Ferner will das Institut verstärkt Forschungsprofessoren einladen, um hausinterne, aber forschungsgruppenübergreifende Projekte anzuregen, durchzuführen und auf diese Weise die volle Breite der Expertise des Hauses für komparative Forschung zu nutzen.

Aufgrund der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der internationalen Politik ist gemäß Volker Perthes, seit Oktober 2005 Direktor der SWP, absehbar, dass Bedarf und Nachfrage nach außen- und sicherheitspolitischer Kompetenz zunehmen werden und es deshalb auch mehr Anbieter geben wird: „Die SWP hat kein Monopol auf außen- und sicherheitspolitische Beratungskompetenz; sie muss selbst immer wieder und letztlich mit jedem Produkt beweisen, dass sie das Kompetenzzentrum für dieses Politikfeld darstellt.“

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Telefax +49 30 880 07-100
Website: <http://www.swp-berlin.org>
E-Mail-Adresse: swp@swp-berlin.org

Ausgewählte Literatur zu SWP und Politikberatung:

– Braml, Josef: Think Tanks versus „Denkfabriken“? U.S. and German Policy Research Institutes' Coping with and Influencing Their Environments; mit einer deutschen Zusammenfassung: Strategien, Management und Organisation politikorientierter Forschungsinstitute, Baden-Baden 2004

- Braml, Josef: Externe wissenschaftliche Politikberatung durch Think Tanks, in: Svenja Falk/Dieter Rehfeld/Andrea Römmele/Martin Thunert (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden (im Erscheinen)
- Herzog, Roman: Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Ansprache vor der Stiftung Wissenschaft und Politik am 13. März 1996 in Ebenhausen, in: Bulletin, Nr. 27 (3. April 1996), S.269–270
- Perthes, Volker (Hrsg.), Ausblick: Deutsche Außenpolitik nach Christoph Bertram, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2005 (S 32a/05)
http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1725
- Ritter, Klaus: Politikbezogene Forschung als Aufgabe: Anmerkungen zu Entstehung, Organisation und Tätigkeit der Stiftung Wissenschaft und Politik, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Polarität und Interdependenz. Beiträge zu Fragen der Internationalen Politik, Baden-Baden 1978, S. 447–458
- Zunker, Albrecht: Stiftung Wissenschaft und Politik: Die Neu-Berlinerin, in: Svenja Falk/Dieter Rehfeld/Andrea Römmele/Martin Thunert (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden (im Erscheinen)